

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Edzard Schmidt-Jortzig,
Jörg van Essen, Jürgen Türk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/8326 –**

Zur Entwicklung des Linksextremismus im Jahr 2001

Vorbemerkung der Fragesteller

In der Bundesrepublik Deutschland kommt es seit Jahren immer wieder zu politisch motivierten Gewalttaten. Erfreulicherweise wird eine breite Diskussion über rechtsextremistische Gewalt geführt. Ein Großteil der Gewalttaten geht aber auch von Linksextremisten aus.

1. Wie viele Straftaten haben mutmaßliche Linksextremisten 2001 begangen?
2. Wie schlüsseln sich diese auf in Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Verkehr, Widerstandsdelikte und sonstige?
3. Wie hoch ist schätzungsweise der durch linksextremistische Gewalttäter 2001 verursachte wirtschaftliche Schaden?
4. Wie hoch waren die 2001 gegen Linksextremisten verhängten Geldstrafen?
5. Warum gibt es für den Bereich Linksextremismus keine ebenso so weit gehenden Strafvorschriften wie gegen die so genannten Propagandadelikte mit rechtsextremistischem Bezug?
6. In welchen Bundesländern gab es 2001 die größte Zahl linksextremistischer Gewalttaten und worauf ist dies aus Sicht der Bundesregierung zurückzuführen?
7. Von welchen linksextremen Gruppierungen gehen derzeit die größten Bedrohungen für den demokratischen Rechtsstaat aus?
8. Wo liegen aus Sicht der Bundesregierung die Finanzierungsquellen der gefährlichsten linksextremen Gruppierungen?

9. Wie weit ist inzwischen der Aufbau einer „Zentraldatei für linke Gewalttäter“ beim Bundeskriminalamt vorangeschritten, wie viele Gewalttäter sind darin derzeit erfasst und wie viele von ihnen gehören zum Umfeld der PDS?
10. Wie viele linksextreme Zeitungen gibt es derzeit in Deutschland und welche davon haben die größte Auflage bzw. Verbreitung?
11. In welchen Bundesländern wurde inzwischen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz eingestellt?

Die statistischen Erfassungen der Politisch motivierten Kriminalität Links werden auf Basis der Meldungen der Länderpolizeien im Rahmen des rückwirkend zum 1. Januar 2001 neu eingeführten Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erhoben. Dieses neue Definitionssystem, das den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Staatschutzsachen (KPMD-S) abgelöst hat, stellt – losgelöst von der bisherigen Orientierung am Extremismusbegriff – die tatuslösende politische Motivation in den Mittelpunkt.

Laut Beschluss der Innenministerkonferenz vom 10. Mai 2001 sind die statistischen Angaben zur Politisch motivierten Kriminalität durch Bund und Länder abzustimmen.

Bei den derzeit vorliegenden statistischen Meldungen handelt es sich um die monatlichen Angaben der Bundesländer. Diese können sich aufgrund von Nachmeldungen der Bundesländer noch erheblich verändern.

Da an der Erstellung des Jahreslagebildes „politisch motivierte Kriminalität 2001“ noch intensiv gearbeitet wird, sind aussagekräftige Darstellungen der Zahlen linksextremistischer Straftaten erst Ende März 2002 möglich.

Auch ist ein Vergleich mit Vorjahreszahlen wegen der veränderten Zählmethode aufgrund der Umstellung der statistischen Erfassung und Bewertung auf das neue Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ zum 1. Januar 2001 erst im Rahmen der Veröffentlichung der Jahresabschlusszahlen möglich.